Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 24 (1944-1945)
Heft: 8

Artikel: Der aargauische Wahlerfolg bei den Grossratswahlen 1945
Autor: Schmid, Arthur
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-335109

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Der aargauische Wahlerfolg bei den Großratswahlen 1945

Von Dr. Arthur Schmid

I.

Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Aargau hat bei den diesjährigen Großratswahlen, nach einem schweren Wahlkampf, einen schönen Sieg errungen. Sie hat ihre Wählerzahl von 19 459 auf 23 942 gesteigert und damit *4483 Wähler* gewonnen. Ihre Mandatzahl ist von 58 auf 67 gestiegen. Die Zahl der Großratsmandate wurde infolge der Volkszählung von 186 auf 193 vermehrt. Die Sozialdemokratische Partei hat also nicht nur sieben, sondern neun Großratssitze erhalten. In einzelnen Bezirken, wie im Bezirk Rheinfelden, fehlten wenige Listenstimmen zu einem weiteren Mandat.

Der Aufstieg der aargauischen Sozialdemokratie ist im Verlaufe der letzten 25 Jahre ein *fortwährender*. Allerdings sind in einzelnen Jahren Rückschläge eingetreten, die lokal bedingt oder durch die Arbeitslosigkeit oder durch die weltgeschichtlichen Ereignisse in Europa verursacht waren.

Wenn man den Erfolg der aargauischen Sozialdemokraten richtig würdigen will, dann muß man sich daran erinnern, daß der Aargau ein junger Kanton ist, der aus ganz verschiedenartigen Gebieten zusammengesetzt wurde. Es sind nicht nur die fünf ehemals bernischen Bezirke Aarau, Brugg, Lenzburg, Kulm und Zofingen, das katholische Freiamt und die alte Grafschaft Baden, die den Aargau bilden, sondern dazu gehört auch das Fricktal, das bis 1799 österreichischer Besitz war. Der Aargau weist starke konfessionelle Unterschiede auf.

Er hat keine größern Städte, wie Zürich oder auch nur Bern, in denen sich die Bevölkerung konzentriert und der Arbeiterschaft große Möglichkeiten zur Eroberung der Mehrheit gegeben sind. Der Aargau hat verschiedene stark landwirtschaftliche Gegenden. Dort ist das Mißtrauen gegenüber neuen Gesetzen und neuen Forderungen sehr groß, und es ist gerade dort für die Sozialdemokratie nicht leicht, Fuß zu fassen. So haben wir Sozialdemokraten im Bezirk Muri auch 1945 keinen Großratssitz erobern können.

Wenn man die Wahlen in den aargauischen Großen Rat richtig würdigen will, dann muß man auch das Wahlsystem, das wir haben, betrachten. Bis 1921 galt das Mehrheitswahlsystem. Es wurde in 50 Wahlkreisen, in die der Kanton eingeteilt war, ausgeübt, und es sicherte den Freisinnigen die absolute Mehrheit.

Den Kampf um den Großratsproporz führten Konservative und Sozialdemokraten schon 1909. Es gelang ihnen aber erst nach dem ersten Weltkrieg, ihn in der aargauischen Staatsverfassung zu verankern. Der mehrheitlich freisinnige Große Rat wollte den Proporz *nicht*. Entgegen einem Antrage der aargauischen Regierung, es sei für den Großratsproporz das gleiche Wahlsystem zu wählen wie bei den Nationalratswahlen, wurde am

20. September 1920 in erster Lesung mit 70 gegen 67 Stimmen das Listenstimmensystem in das Gesetz aufgenommen. Am 19. Januar 1921 fand die zweite Lesung statt. Das Listenstimmensystem wurde mit 107 gegen 78 Stimmen festgehalten. Vielleicht hoffte man, die Sozialdemokraten würden dann gegen ein solches Gesetz Stellung nehmen. Das geschah natürlich nicht. Am 14. März 1921 fand die Volksabstimmung statt. Die Vorlage wurde mit 24 424 Ja gegen 19 498 Nein angenommen. Dieses Gesetz ist eines der *schlechtesten* Proporzgesetze. Es sieht keine freie Liste vor. Der Wähler soll sich für eine Partei entscheiden. Indessen kann der Wähler die Wahlliste irgendeiner Partei nehmen und alle Kandidaten dieser Partei durchstreichen und parteifremde Kandidaten darauf schreiben, ohne daß die Liste der betreffenden Partei verloren geht. Durch dieses Verfahren sind der wilden Kumulation und dem Hineinregieren in andere Parteien Tür und Tor geöffnet. So reizt dieses Wahlsystem direkt zu Wahlmanövern. Das Wahlsystem sieht auch die *Listenverbindung* vor und regt so zu unnatürlichen Allianzen an.

Das Wahlsystem erleichtert den Parteien, die darauf halten, sich zu einer politisch klaren Auffassung zu bekennen, den Wahlkampf *nicht*.

II.

Wenn man den *Aufstieg der Sozialdemokratischen Partei seit 1921* richtig würdigen will, dann muß man die Wahlresultate der sieben Großratswahlen von 1921 bis 1945 betrachten.

Es erhielten *Listenstimmen:*

	1921	1925	1929	1933	1937	1941	1945
Soz'demokrat.	13 775	16 085	18 365	20 378	20 855	19 459	23 942
Freisinnige	12 805	12 344	11 869	12 805	11 751	12 230[1]	12 229
Katholisch-konservat.	11 654	12 011	13 189	14 568	14 035	13 479	14 606
Bauernpartei	12 306	12 796	12 581	13 218	10 188	10 513	11 021
Grütlianer	898	398	—	—	—	—	—
Evangelische	591	974	1 878	2 255	2 270	1 927	1 927
Kommunisten	—	—	—	226	—	—	—
Jungbauern	—	—	—	—	3 786	3 824	1 968
Unabhängige	—	—	—	—	1 466	2 950	2 117
Christlichsoziale	—	—	—	—	631	518	525
Frontisten	—	—	—	—	825	—	—
Schuldner- und Bürgenverband	—	—	—	—	—	301	—
Partei der Arbeit	—	—	—	—	—	—	1 911
Aktion für wirtschaftl. Aufbau	—	—	—	—	—	—	217

[1] Davon 705 Jungliberale.

Auf die einzelnen Parteien entfielen in den Jahren von 1921 bis 1945 die nachstehend verzeichnete Anzahl der *Großratssitze:*

	1921	1925	1929	1933	1937	1941	1945
Sozialdemokraten	51	61	62	68	62	58	67
Freisinnige	49	44	41	43	33[1]	36[1]	37
Katholischkonservative	47	45	49	52	41	41	42
Bauernpartei	48	47	43	46	30	31	34
Grütlianer	3	—	—	—	—	—	—
Evangelische Volkspartei	2	3	5	6	5	2	3
Jungbauern	—	—	—	—	8	8	3
Unabhängige	—	—	—	—	3	8	4
Christlichsoziale	—	—	—	—	2	2	1
Frontisten	—	—	—	—	1	—	—
Partei der Arbeit	—	—	—	—	—	—	2
	200	200	200	215	215	186	193

[1] Inklusive Jungliberale.

Die Zahlen, welche bei den Großratswahlen auf die einzelnen Parteien entfielen, zeigen, daß die große *Arbeitslosigkeit* in den dreißiger Jahren und die *große politische Krise*, welche mit dem Aufstieg des Nationalsozialismus Europa heimsuchte, nicht spurlos an den aargauischen Wahlen vorübergegangen sind. Nach 1933 machten sich in der Schweiz die sogenannten Erneuerungsbewegungen geltend. Der Kampf gegen die Demokratie und den Parlamentarismus setzte ein. Es entstanden Splitterparteien.

Auch die Sozialdemokratie hat in diesen Jahren einen harten Kampf führen müssen. Sie hat auch Rückschläge erlitten. Das sieht der Leser am besten aus der nachstehenden Tabelle, die die sozialdemokratischen Wählerzahlen für die einzelnen Bezirke von 1921 bis 1945 verzeichnet:

	1921	1925	1929	1933	1937	1941	1945
Aarau	2740	2949	3220	3473	3567	3406	3794
Baden	2565	2933	3416	3694	3300	3106	3686
Bremgarten	708	735	943	986	953	920	1245
Brugg	1346	1536	1779	1882	1994	1886	2120
Kulm	1287	1574	1684	1983	2135	1936	2333
Laufenburg	381	379	513	525	701	527	662
Lenzburg	1627	1807	1980	2280	2276	2282	2959
Muri	116	—	210	251	316	223	296
Rheinfelden	374	880	1002	1169	1294	1039	1404
Zofingen	2039	2525	2856	3272	3430	3236	4188
Zurzach	572	763	763	864	900	869	1256

Die Zahlen von 1941 können nicht ohne weiteres mit den Wahlergebnissen anderer Jahre verglichen werden, weil damals viele Wähler im Militärdienst waren und nicht stimmten oder zum Teil nicht stimmen konnten.

Das Jahr 1933 brachte den Machtantritt Hitlers in Deutschland. Die aargauischen Großratswahlen fanden kurz nach dem Reichstagsbrand statt.

Die aargauischen Großratswahlen 1937 fielen in eine Zeit, wo der Aufstieg Hitlers bereits sichtbarer wurde und wo sich in Europa eine kriegs-

schwangeren Atmosphäre bemerkbar machte. Im Jahre 1941 fanden die Großratswahlen statt, als Europa unter dem Eindruck der deutschen Siege des Jahres 1940/41 stand. Alle diese Ereignisse haben ihre Rückwirkung auf Europa gehabt, und sie haben zum Teil auch im Wahlkampf eine Rolle gespielt. (Soweit dies angesichts der Zensur der Kriegszeit möglich war.)

Wie man sieht, ist der Bezirk Baden am stärksten durch die Zersplitterung der Arbeiterbewegung und der stimmungsmäßigen Erfassung einzelner Wählerschichten berührt worden. Er hat im Jahre 1945 die Stimmenzahl des Jahres 1933 noch nicht ganz erreicht.

Der Kampf gegen die Demokratie und den Sozialismus, insbesondere aber auch gegen die Sozialdemokratie, ist nicht nur im Aargau und in der Schweiz, sondern in vielen andern Ländern mit Schlagworten und mit einer ungeheuren Stimmungsmache geführt worden. Oft haben geltungsbedürftige Menschen Parteien gegründet. Oft haben Menschen, die sich nie um Politik bekümmert haben und denen das öffentliche Leben vollständig gleichgültig war, sich als die allein Berufenen in öffentlichen Dingen aufgespielt. Die Mittel, mit denen sie gearbeitet haben, waren keineswegs wählerisch. Sie versuchten, die Stimmung der Massen zu beeinflussen und haben dazu jedes Mittel verwendet. Der Haß und der Wortradikalismus spielten dabei eine Rolle. Die Verleumdung von verdienten Männern war an der Tagesordnung. Daß es in einer solchen Zeit immer Menschen gibt, die Demagogen nachlaufen, ist nicht verwunderlich.

Wir Sozialdemokraten haben im Gegensatz zu jenen, die nur die Stimmung auszunützen versuchten, einen sachlichen Kampf mit sozialistischen Argumenten geführt.

Unser Ziel ist eine neue, bessere, eine *sozialistische* Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Wir wissen, daß alles Entwicklung ist und daß man die Verhältnisse nicht von einem Tag auf den andern grundlegend verändern kann. Aber wir wissen auch, daß Macht und Geschlossenheit der Arbeiterklasse eine entscheidende Rolle bei der Besserung der gesellschaftlichen Verhältnisse spielen. Daß die Sozialdemokratie die Interessen der Arbeit und des arbeitenden Volkes dem Kapital und den kapitalistischen Parteien gegenüber verteidigt, ist eine längst bekannte Tatsache. Wir Sozialdemokraten treten für einen gerechten Lohn, für die Sicherung einer menschenwürdigen Existenz, für Arbeitsbeschaffung und für den sozialen Fortschritt im wirtschaftlichen Betriebe ein. Wir Sozialdemokraten wollen den Alten durch die Altersversichung und den Jungen durch bessere Bildung auch in ihrem Berufe und durch die Ermöglichung, Anteil am öffentlichen Leben zu nehmen, helfen. Wir sammeln nicht die nur Unzufriedenen und Verzweifelten, sondern wir versuchen, *alle* Arbeitenden, die bewußt an der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung mitwirken wollen, zu einigen und zu sammeln.

Nicht alle Menschen denken glücklicherweise genau gleich. Jede Gleichschaltung ist dem wirklichen Sozialisten verhaßt. Wir können in unserer Partei alle brauchen, gleichgültig, wie ihr Temperament ist und wie sie in Einzelfragen denken, sofern sie mit den Grundideen des Sozialismus einverstanden und bereit sind, positiv mitzuarbeiten und Partei-

beschlüsse zu respektieren. Wer aber nur zersetzen und nur um der Kritik willen kritisieren will, ist für den Sozialismus nicht viel wert.

Daß solche Leute, besonders wenn sie geltungsbedürftig sind, die Sozialdemokratie und die in ihr Tätigen schlecht zu machen versuchen, ist nicht verwunderlich.

Daß solche Leute oft die Partei, der sie ihre Stimme geben, wechseln, ist eine Tatsache.

Im Aargau ist die Stimmbeteiligung immer eine starke. Sie geht oft über 80 Prozent der Stimmberechtigten hinaus. Wie die in diesem Aufsatz gezeigten Zahlen beweisen, gibt es vor allem seit 1933 bei uns Splitterparteien. Es ist interessant, zu sehen, wie ihre Stimmenzahlen in den Jahren 1937 bis 1945 verlaufen. Es erhielten Stimmen:

	1937	1941	1945
Jungbauern	3786	3824	1968
Unabhängige	1466	2950	2117
Frontisten	825	—	—
Partei der Arbeit	—	—	1911
Total	6077	6774	5996

Wenn auch die obigen Parteien nicht immer in gleich viel Bezirken den Wahlkampf führten, so zeigen die Zahlen doch, wie sehr das Total dieser Splitterparteien sich mehr oder weniger gleich geblieben ist. Die Zahlen der Wahlen von 1945 zeigen deutlich eine Abwanderung von den Unabhängigen zu der «Partei der Arbeit».

Was den Wahlerfolg der aargauischen Sozialdemokraten des Jahres 1945 besonders bemerkenswert macht, ist nicht die Tatsache, daß sie einen Wahlkampf nach allen Seiten führen mußten und sehr viele Angriffe abzuwehren hatten, sondern ist die weitere Tatsache, nämlich, daß sie den Wahlkampf mit verhältnismäßig geringen materiellen Mitteln geführt haben.

Die bürgerlichen Parteien verfügen im Kanton Aargau über sehr viele lokale Zeitungen, die der Sozialdemokratie im Wahlkampf fast ausnahmslos verschlossen sind. Die Bürgerlichen können durch diese lokalen Blätter Wähler erfassen, an die man sonst nicht leicht herankommt.

Bei den Wahlen 1945 haben die Freisinnigen, die Bauernpartei, die Unabhängigen und die Partei der Arbeit Plakate herausgegeben und an den Plakatwänden anschlagen lassen. Die Sozialdemokraten haben auf ein Plakat verzichtet.

Die meisten Parteien haben für die Verteilung von Zeitungen in alle Haushaltungen die Post in Anspruch genommen. Bei den Sozialdemokraten hat man es den Parteisektionen überlassen, von der Verteilung von Zeitungen durch die Post in alle Haushaltungen Gebrauch zu machen.

Über sehr große Geldmittel für die Wahlpropaganda verfügte der Landesring der Unabhängigen und die «Partei der Arbeit». Die der Sozialdemokratie zur Verfügung stehenden Geldmittel wurden gesammelt, und es wurde dafür in der Zeitung öffentlich quittiert. Der Wahlkampf ist mit bescheidenen Mitteln durchgeführt worden. Trotzdem brachte er

uns einen großen Erfolg. Es hat sich gezeigt, daß die sorgfältige, ohne Schlagworte und ohne Übertreibung arbeitende Aufklärung der Sozialdemokraten wertvolle Menschen unserer Partei zuführt und näher bringt. Es hat sich gezeigt, daß junge und alte Wähler aus politischer Einsicht und Überzeugung für die Sozialdemokratie eintreten. Sie sind vom Willen beseelt, bessere Zustände zu schaffen.

Je mehr es den Sozialdemokraten gelingt, das arbeitende Volk zu einigen und mit sozialistischen Gedanken zu erfüllen, um so größer wird der Erfolg sein.

Wir freuen uns über den fortwährenden Aufstieg der Sozialdemokratie in den letzten 25 Jahren, und wir freuen uns vor allem über das Wahlergebnis vom 18. März 1945.

Preis, Lohn und Währung

(Beschluß der Vollmachtenkommission des Nationalrates v. 26. Jan. 1945)

Wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung bringen wir in unserer Dokumentensammlung den nachstehenden Beschluß, der bereits in der bürgerlichen Handelspresse Anfechtung erfahren hat. Die Vollmachtenkommission hat effektiv neue Erkenntnisse gewonnen, von denen man nur wünschen kann, sie würden *Richtschnur* der eidgenössischen Politik der nächsten Jahre sein. Red.

I.

1. Das Ziel der staatlichen Preispolitik soll die Stabilität des Preisniveaus sein. Gegenwärtig bildet ihre wichtigste Aufgabe, eine Erleichterung der Lage der Konsumenten herbeizuführen durch möglichst rasche Beseitigung der kriegsbedingten Kostenelemente. Neben der Preiskontrolle im engeren Sinne sind zu diesem Zwecke, soweit notwendig, Preisausgleichskassen sowie staatliche Zuschüsse an Produzenten oder Konsumenten einzusetzen. Ferner sind Preisdifferenzierungen sowie Rationalisierungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen zu treffen. Über die Führung der Preisausgleichskassen und Fonds soll öffentlich Rechenschaft abgelegt werden.

2. Gewinne, die lediglich der Ausnutzung der kriegsbedingten Marktlage entspringen, sind zu verhindern. Für die Preisbildung sind die Kosten unter normalen Konkurrenzverhältnissen maßgebend. Realen Kostensteigerungen, das heißt Mehraufwendungen von Arbeit und Kapital sowie effektiven Mehrkosten für Warenbezüge aus dem Ausland, ist in den Preisen Rechnung zu tragen, soweit nicht die Kostensteigerungen durch anderweitige Ersparnisse ausgeglichen werden können und die laufenden Gesamtergebnisse oder die während des Krieges angesammelten Reserven es gestatten, die Mehrkosten auf die Unternehmungen zu überwälzen. Dabei ist auf die Beschäftigungslage des Erwerbszweiges sowie auf die Versorgung angemessen Rücksicht zu nehmen.

Nominelle Einkommenserhöhungen sind im Rahmen der Tragfähig-